



Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bezirksrat Südstadt-Bult der
Landeshauptstadt Hannover

15.04.2009

Bezirksbürgermeister
im Stadtbezirk Südstadt-Bult
Lothar Pollähne o. V .i. A.
18.62.07 - Fachbereich Zentrale Dienste
Rats- und Bezirksratsangelegenheiten

Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die nächste Sitzung des Bezirksrates Südstadt-Bult

Grabsteine ohne Ausbeutung // Friedhofssatzungsänderung

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover und die Verwaltung werden gebeten, die Friedhofssatzung der Landeshauptstadt Hannover so zu ändern, dass auf hannoverschen Friedhöfen (darunter auch der Stadtfriedhof Engesohde im Bezirk Südstadt-Bult) Grabmale, die oder deren Rohmaterialien aus außereuropäischen Ländern importiert wurden, nur dann aufgestellt werden dürfen, wenn sie nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette (vom Steinbruch über die Fabrik bis hin zum Hafen) ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurden.

Dem Antrag auf Genehmigung eines Grabmales sind Nachweise über die Produktionsbedingungen nach der ILO-Konvention 182 beizufügen, beispielsweise durch das Xertifix Gütesiegel des 2005 gegründeten, gleichnamigen Vereins. Diese Nachweise sind Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit. Von der Regelung nicht betroffen sind Natursteine, die von Steinmetzbetrieben vor Inkrafttreten dieser Regelung beschafft wurden.

Begründung

Grabmale und Rohmaterialien aus außereuropäischen Ländern sind im Vergleich zu einheimischen/ europäischen Erzeugnissen günstig und daher beliebt – so stammen etwa 70% aller nach Deutschland importierten Grabmale und 80% der Rohmaterialien aus Indien. Der günstige Preis wird durch die Ausbeutung im Exportland ermöglicht. So ist in indischen Steinbrüchen Kinderarbeit zu Hungerlöhnen üblich, das katholische Hilfswerk Misereor geht davon aus, dass dort etwa 150.000 Kinder arbeiten.

Die Zertifizierung im Sinne der Konvention 182 der ILO (Internationale Arbeitsorganisation in Genf; <http://www.ilo.org/ilolex/german/docs/gc182.htm>) ist notwendig, da eine Selbstbescheinigung über den Verzicht von Kinderarbeit durch die exportierenden Betriebe erfahrungsgemäß nicht verlässlich ist.

Der Bezirksrat Südstadt-Bult folgt mit diesem Antrag dem Beispiel von Städten wie München, Andernach und Neustadt. Er orientiert sich am Antrag Nr. 1574/2004 der Ratsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Aktiv gegen Kinderarbeit“.

Dr. Anne Ingrid Kollenrott
stellv. Fraktionsvorsitzende